

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Soziales (11. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Sabine Zimmermann, Klaus Ernst, Matthias W. Birkwald, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 17/1397 –**

Gute öffentlich geförderte Beschäftigung – Eine Alternative zu Langzeiterwerbslosigkeit und Ein-Euro-Jobs

A. Problem

Die Politik muss nach Einschätzung der Antragsteller die hohe Langzeiterwerbslosigkeit in Deutschland aktiv bekämpfen und den Betroffenen nachhaltig eine Perspektive aufzeigen. Statt mit perspektivenlosen Ein-Euro-Jobs solle dies mit öffentlich geförderter Beschäftigung zu guten Bedingungen geschehen. Dazu schlagen die Initiatoren vor, entsprechende Beschäftigungsverhältnisse im Umfang von 500 000 Stellen zu schaffen. Ein-Euro-Jobs seien abzuschaffen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Kostenberechnungen wurden nicht angestellt.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 17/1397 abzulehnen.

Berlin, den 6. April 2011

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales

Katja Kipping
Vorsitzende

Pascal Kober
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Pascal Kober

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 17/1397** ist in der 37. Sitzung des Deutschen Bundestages am 22. April 2010 an den Ausschuss für Arbeit und Soziales zur federführenden Beratung und an den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie sowie den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur Mitberatung überwiesen worden.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Fraktion DIE LINKE. verweist auf die Angaben der Bundesagentur für Arbeit, wonach beispielsweise im Zeitraum von 2005 bis Ende 2008 rund 12,6 Millionen Menschen dauerhaft oder zeitweise Leistungen aus der Grundsicherung für Arbeitsuchende bezogen hätten. Mehr als 60 Prozent von ihnen verweilten drei Jahre und länger im Leistungsbezug. Dem Anstieg der Langzeiterwerbslosigkeit stehe die Bundesregierung hilflos gegenüber. Sie habe kein Konzept, wie dem zu begegnen sei. Ein-Euro-Jobs seien keine Arbeitsverhältnisse. Sie disziplinierten die Betroffenen und beließen sie im Grundsicherungsbezug. Die Politik müsse der Langzeitarbeitslosigkeit aber aktiv begegnen und den Betroffenen nachhaltig eine Perspektive eröffnen. Dafür fordern die Antragsteller, öffentlich geförderte Beschäftigungsverhältnisse im Umfang von 500 000 Stellen zu schaffen. Zur Finanzierung sollten die im Rahmen des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch vorgesehenen passiven Leistungen der Grundsicherung und der Kosten der Unterkunft sowie aktive Leistungen, wie Eingliederungsleistungen, bei Er-

werbslosigkeit zusammengeführt und durch staatliche Zuschüsse ergänzt werden. Gute Arbeitsbedingungen in öffentlich geförderter Beschäftigung im Sinne der Antragsteller bedeute, dass diese zusätzlich und freiwillig seien, voll sozialversicherungspflichtig und nach Tarif oder ortsüblich entlohnt sowie existenzsichernd ohne aufstockende Leistungen. Ein-Euro-Jobs seien abzuschaffen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Haushaltsausschuss**, der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** sowie der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** haben den Antrag auf Drucksache 17/1397 in ihren Sitzungen am 6. April 2011 beraten und gleichlautend mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem Deutschen Bundestag die Ablehnung der Vorlage empfohlen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag auf Drucksache 17/1397 in seiner 61. Sitzung am 6. April 2011 abschließend beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem Deutschen Bundestag die Ablehnung der Vorlage empfohlen.

Berlin, den 6. April 2011

Pascal Kober
Berichterstatte

